Allgemeiner Anzeiger

für das Volme- und Ennepe-Gebiet

Halverscher Allgemeiner Anzeiger
Schalksmühler General-Anzeiger

Amtliches Publikationsorgan
Erscheinungsort: Halver i. Westf. / Ruf 442

Allgemeiner Anzeiger für das Amt Kierspe / Breckerfelder Tageblatt

Erscheint werktäglich / Monatlicher Bezugspreis durch die Post RM. 1.86 (einschließlich 30 Pfg. Postgebühr und 36 Pfg. Zustellgebühr / Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder teilweise Zurückzahlung des Bezugspreises / Anzeigenpreise: 1 mm hoch, 46 mm breit 8 Pfg., Reklame 1 mm hoch, 90 mm breit 30 Pfg. / Nachlaß nach besonderer Preisliste / Offertgebühren 30 Pfg. und Porto.

Geschäftsstellen: Schalksmühle: Herm. Piepenstock; Oberbrügge: Rob. Wasserfuhr; Kierspe-Bahnhof: Fritz Becker - Kierspe: Fritz Schaefer. Rönsahl: Walter Crone; Breckerfeld: Fr. Klett — — — —

Nr. 90 **Mittwoch, den 18. April (Ostermond) 1934** **33. Jahrg.**

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Schädigende Preiserhöhungen.

Mit aller Energie, die der Ernst der Lage im deutschen Außenhandel erfordert, hat die Reichsregierung nicht bloß durch Beschlüsse und Verordnungen, Beratungen und Verhandlungen unsere Exportförderung in Angriff genommen, sondern nicht minder durch den Abschluß einer ganzen Reihe von Handelsverträgen, so mit der Schweiz und mit Holland, mit Dänemark und Polen, mit Ungarn und Finnland; Verhandlungen mit Südslawien schweben zur Zeit, lassen aber schon jetzt günstige Schlüsse auf das Ergebnis zu.

Die Tagung der Außenhandelsstellen in Bremen hat die Erkenntnis besonders deutlich zum Durchbruch kommen lassen, daß im rohstoffarmen Deutschland die weitere Belebung in der Binnenwirtschaft nicht unabhängig davon verlaufen kann, wie sich der deutsche Außenhandel gestaltet. Seine Entwicklung in jüngster Zeit, die ein Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr brachte, hat zu den bekannten Maßnahmen der deutschen Importdrosselung namentlich für bestimmte industrielle Rohstoffe geführt. Auf den Märkten einiger dieser Rohstoffe hat sich in letzter Zeit eine mehr als sonderbare Konjunktur entwickelt. Solche Metalle nämlich — vor allem Nickel und Kupfer —, die in irgendwelchem Zusammenhang mit der militärischen Rüstungsindustrie stehen, haben im letzten Jahre eine geradezu fabelhafte Absatzsteigerung erfahren, wofür der Grund ja nicht gerade allzu weit zu suchen ist! Er ist unschwer zu finden in dem internationalen Wettrüsten, in der „Rüstungskonjunktur", die in einem merkwürdigen Gegensatz zu der angeblichen Ära des Weltfriedens und der noch viel sagenhafter gewordenen Abrüstungskonferenz steht. Die Großmächte des europäischen Westens rüsten ebenso eifrig wie Amerika und Japan; außerdem machen auch die kleineren Staaten erhebliche Anstrengungen, bei diesem Wettrüsten nicht allzu weit ins Hintertreffen zu geraten. Der amerikanisch-englische Nickeltrust z. B., der nicht bloß die Erzeugung und den Absatz dieses für die militärischen Rüstungen sehr wichtigen Metalls kommandiert, sondern der auch eine überragende Stellung auf dem Kupfermarkt besitzt, hat soeben einen Geschäftsbericht veröffentlicht, wonach er im Jahre 1933 seinen Absatz gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat; ebenso ist es ihm gelungen, seinen Absatz an Kupfer um 100 Prozent zu erhöhen! Entsprechend sind die Rückwirkungen auf die anderen Metallpreise am Weltmarkt, so hat z. B. dort der Zinnpreis wieder jene Höhe erreicht, auf die er zur Zeit der größten amerikanischen Wirtschaftsblüte hinaufgeklettert war.

Diese Preisentwicklung ist für das rohstoffarme und daher eine starke Einfuhr von Metallen benötigende Deutschland besonders noch deswegen von sehr unangenehmer Wirkung gewesen, weil auf der anderen Seite die Preise der von Deutschland exportierten Fertigwaren immer noch nach unten gehen; außerdem vermögen die Länder mit entwerteter Währung in größtem Umfang die Preise der deutschen Waren am Weltmarkt zu unterbieten. Daraus ergibt sich — und Italien hat jetzt einen solchen Schritt ganz bewußt getan! — die Notwendigkeit einer Kostensenkung für den deutschen Export. Gerade hierbei aber wieder zeigt sich die innere Bindung zwischen der Belebung der deutschen Binnenwirtschaft und der des deutschen Exports: vermehrte Erzeugung verbilligt an sich schon die Kosten der Ware und damit ihren Preis! Es würde also der allseits und ganz besonders auf den Tagungen der Außenhandelsstellen in Bremen und jetzt in Hamburg deutlich genug geäußerten Anschauung unmittelbar widersprechen, wenn es in Deutschland selbst zu Preiserhöhungen kommen würde, die auf die deutsche Ausfuhr, auf deren Kosten und Preise auch nicht ohne Einfluß bleiben könnten. Die nationalsozialistische Reichsregierung besitzt ebenso den Willen wie die Möglichkeit, solchen nach oben gerichteten Preistendenzen einen festen Riegel vorzuschieben, und wenn früher darauf hingewiesen wurde, daß in der deutschen Binnenwirtschaft eine Erhöhung des Preisniveaus ganz allgemein im Widerspruch stände zu dem, was die Reichsregierung durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm anstrebt und erreichen will, so gilt das gleiche jetzt auch für die Frage des Wiederaufbaus unserer Ausfuhr. Dr. Pr.

Der Tag von Düppel.

Zum 18. April.

In diesen Tagen gedachte man des preußischen Generalfeldmarschalls Wrangel, der vor 150 Jahren geboren wurde. Jetzt muß von neuem auf ihn hingewiesen werden, denn es jährt sich am 18. April zum 70. Male der Tag, an dem im Deutsch-Dänischen Kriege unter dem Oberkommando des achtzigjährigen Generalfeldmarschalls die Düppeler Schanzen erstürmt wurden.

Am 20. Januar 1864 waren preußische und österreichische Truppen in Holstein eingerückt; die Preußen standen unter dem Prinzen Friedrich Karl, die Österreicher unter dem Feldmarschalleutnant Freiherrn von Gablenz. Wrangel führte den Oberbefehl über die ganze verbündete Armee. Den Feldzugsplan hatte General Helmuth von Moltke, der vier Jahrzehnte vorher aus dänischen in preußische Dienste übergetreten war, entworfen. Nach dem Kampf um das Danewerk, den alten gefürchteten Grenzwall, der sich auf dem nördlichen Ufer der Eider von der Nordsee zur Ostsee zog, hatten die Dänen sich im Februar nach ihrer zweiten Verschanzungslinie, den Düppeler Höhen, zurückgezogen. Die Verbündeten folgten rasch, und es kam während der Monate Februar und März hier und an anderen Stellen zu erbitterten Kämpfen.

Allmählich hatte Prinz Friedrich Karl schweres Geschütz herbeischaffen lassen, um die zehn Düppeler Schanzen, die den Schlüssel zur Insel Alsen bildeten, regelrecht zu belagern. Nachdem das Artilleriefeuer schon furchtbare Verheerungen angerichtet hatte und drei Parallelen ausgehoben waren, begann am Vormittag des 18. April der Sturm. Mit dem Rufe: „Ich werde mich opfern!" stürmte ein Pionier namens Klinke voran, zündete seinen Pulversack selbst an und flog in die Luft. Aber die Palisaden auf den Schanzen hatten eine Lücke bekommen, durch die die Brandenburger eindringen konnten. Nach halbstündigem Kampfe war die vordere Schanzenreihe genommen, und die Dänen mußten bald auch die zweite Linie räumen. Die Verluste der Preußen betrugen an Toten und Verwundeten 1130 Mann und 71 Offiziere, die der Dänen 108 Offiziere und 4706 Mann. 120 Geschütze und 4000 Gewehre wurden von den Preußen erbeutet. Am 21. April hielt König Wilhelm von Preußen

„Einer für alle, alle für einen"

Hitler und Goebbels danken den Führern des Winterhilfswerkes.

Goebbels: Das WHW. wird eine ständige Einrichtung bleiben.

In Berlin empfing Reichsminister Dr. Goebbels im großen Festsaal des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Gauamtsleiter der NSV. als die Gauführer des Winterhilfswerks, die unter Führung des Reichsführers des WHW., Pg. Hilgenfeldt, erschienen waren. Dr. Goebbels erklärte, daß er vor dem Empfang durch den Führer den Hauptträgern des Winterhilfswerks einige Dankesworte im Namen der Partei und der Regierung sagen wolle.

„Sie haben sich der Regierung und der Partei zur Verfügung gestellt", so wandte sich der Minister an die Gauführer des WHW., „oft ohne daß Ihre Namen genannt oder bekannt wurden. Unser einziger Ehrgeiz war, im ersten Winter der nationalsozialistischen Macht ein Symbol der wiedererwachten Volksgemeinschaft aufzurichten. Tausende und Zehntausende von Briefen, die an mich gelangt sind, legen Zeugnis davon ab, daß Ihnen dies gelungen ist.

Die Arbeit des Winterhilfswerks hat Millionen von Menschen in Deutschland das Leben wieder lebenswert gemacht. Wie vielen Müttern und Kindern, wie vielen Armen haben Sie geholfen. Vor allem aber: wie vielen ehemaligen Feinden und Gegnern des Nationalsozialismus haben Sie das Einfallstor zum Verständnis unserer Ideen geöffnet. Darüber hinaus haben Sie der Welt ein durchschlagendes Beispiel nationalsozialistischer Hilfsbereitschaft gegeben.

Wenn das Ausland nach seiner früheren feindseligen Haltung sich langsam umzustellen beginnt, so hat daran mit das Hauptverdienst das Winterhilfswerk. Denn in ihm erkannte das Ausland, daß hinter dem Nationalsozialismus mehr steht als eine bramarbasierende Phrase, nämlich eine Idee. Darüber hinaus haben Sie für das nationalsozialistische Programm eine wesentliche Arbeit geleistet.

Der größte und edelste Gedanke des Nationalsozialismus wurde von Ihnen verwirklicht. Der Sozialismus der Tat, von dem wir schon früher in den Jahren des Kampfes sprachen und der nun sichtbare Wirklichkeit wurde.

Ich weiß, daß Sie Tage und Nächte im Dienste des WHW. gearbeitet haben, und ich danke Ihnen dafür. Es ist ein glücklicher Gedanke für mich, daß in dieser riesenhaften Organisation ein Einschreiten bei irgendwelchen Verfehlungen nur in ganz verschwindend seltenen Fällen nötig war. Dafür statte ich meinen Dank vor allem dem Reichsleiter des WHW., dem Pg. Hilgenfeldt, ab.

Aber mit der jetzt hinter uns liegenden Leistung ist die Arbeit noch nicht zu Ende. Zunächst gilt es, das Hilfswerk „Mutter und Kind" durchzuführen. Dann werden wir im September aufs neue an das Winterhilfswerk herangehen, das eine ständige Einrichtung sein und bleiben wird — auch wenn es keine Erwerbslosen mehr gibt."

Anschließend versammelten sich die Gauführer des WHW. im Arbeitszimmer des Reichskanzlers in der neuen Reichskanzlei. Der Führer begrüßte die Erschienenen einzeln und drückte jedem die Hand.

Der Führer über den Opfergedanken und das sozialistische Gemeinschaftsgefühl.

Nach kurzen Einführungsworten Dr. Goebbels' ergriff Reichskanzler Adolf Hitler das Wort und erklärte, daß ohne die soziale Tätigkeit des großen Hilfswerks niemals ein solcher politischer, psychologischer und wirtschaftlicher Erfolg hätte erreicht werden können, wie er tatsächlich erreicht wurde. Ohne dieses Werk wäre der vergangene Winter nicht ohne Rückschläge auf allen Gebieten zu überwinden gewesen.

Der Erfolg des Winterhilfswerks, so sprach der Führer weiter, ist nicht nur im Inland, er ist auch im Ausland festzustellen. Es ist schwer zu sagen, wieviel Tausende von Ausländern gerade durch dieses soziale Hilfswerk von dem Wert der Neuordnung in Deutschland unmittelbar überzeugt wurden. Sicher ist aber, daß diejenigen Ausländer, die in Deutschland gewesen sind, sich dem großen Eindruck, den das WHW. auf sie machen mußte, nicht entziehen konnten.

Alle Auslandsreisenden, die die Hilfstätigkeit im ersten Winter des neuen Deutschland beobachten konnten, waren des Lobes und der Anerkennung voll. Ihre Eindrücke haben sich auf andere Menschen im Ausland übertragen.

Ein großer Teil des Stimmungsumschwunges in der Welt ist auf die Erfolge der nationalsozialistischen Revolution, insbesondere aber auf das WHW. zurückzuführen.

„Ihre Arbeit, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, ist jedoch noch nicht beendet. Ein gewisser Prozentsatz von Arbeitslosigkeit wird in einem Volke von 65 Millionen immer bleiben.

Wenn es uns gelingt, die Zahl der Arbeitslosen auf etwa eine Million herunterzudrücken, dann können wir das Problem der Erwerbslosigkeit als gelöst betrachten. Auf dieses Ziel ist zunächst unsere ganze Arbeit rückhaltlos eingestellt.

Man muß sich bei der Fülle der Probleme auf die Lösung einer Aufgabe beschränken, weil man nicht alles auf einmal machen kann. Das brennendste Problem, das zunächst gelöst werden muß, ist die Arbeitslosigkeit. Wenn auch die Lohnsätze noch nicht wesentlich erhöht werden konnten, so muß doch bewiesen werden, daß etwas geschieht. Und das hat gezeigt, daß wir tun, was wir überhaupt nur tun können. Es lebt die Überzeugung in Deutschland, daß der Wille da ist,

alle für einen und einen für alle einzusetzen."

Der Reichskanzler bat dann Dr. Goebbels, mit seiner Energie und Kraft wieder die Organisation des WHW. zu übernehmen und bat gleichzeitig die Anwesenden, ihre Dienste wieder zur Verfügung zu stellen. Im vergangenen Winter traten wir vor Aufgaben, für die es noch kein Vorbild gab. Es mußten ganz neue Wege gesucht werden. Und schon wurde Großes geleistet! Das Ergebnis des nächsten Jahres wird noch besser werden. Nach der Verminderung der Zahl der Arbeitslosen und nach der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage wird es uns gelingen,

im nächsten Jahr ein noch größeres Hilfswerk aufzubauen.

Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, die Sie im Dienste des WHW. stehen, müssen stets das soziale Gewissen der Partei sein, das im WHW. seinen immer neuen lebendigen Ausdruck findet. Die schönsten Programme nützen nichts, wenn sie nicht durch Kleinarbeit ergänzt werden. Man kann nicht nur in die Zukunft blicken, man kann nicht nur an den großen Problemen arbeiten. Auch die Sorge des Tages muß berücksichtigt werden.

Immer erneut muß der Appell an die Nation und an das sozialistische Empfinden gerichtet werden. Das WHW. soll die Not beseitigen, die durch offizielle Maßnahmen nicht beseitigt werden kann. Es soll ferner dazu beitragen, das Volk zum sozialistischen Denken zu erziehen.

Man soll nicht vom Opfer reden, wenn man das, was man gibt, nicht auch selbst als Opfer empfindet. Sie müssen klarstellen, daß es kein Opfer für einen Millionär bedeutet, wenn er fünf Mark spendet. Ein Opfer aber ist es, wenn ein Arbeiter bei einem Monatslohn von hundert Mark fünfzig Pfennige gibt.

Wenn wir diesen Opfergedanken ins Volk tragen, dann helfen wir beim Aufbau der neuen Gemeinschaft. Es kommt auf das sozialistische Gemeinschaftsgefühl an.

Im reichen Deutschland der Vorkriegszeit ist es nicht möglich gewesen, ein ähnliches Hilfswerk durchzuführen. Das Deutschland vor dem Kriege erzielte bei monatelanger intensivster Propaganda nicht mehr als sieben Millionen Mark für die Zeppelin-Spende, die eine Sache des ganzen Volkes war.

Wir haben in einem einzigen Winter in dem verarmten Deutschland 320 Millionen Mark aufgebracht. Diese gewaltige Summe ist nicht nur eine Tat an sich, sondern sie ist ein Beweis des Opfergedankens, der in unserem Volke lebt.

So danke ich, damit schloß der Führer, dem Reichsminister Dr. Goebbels und dem Leiter des WHW., Hilgenfeldt, und Ihnen allen, die Sie hier erschienen sind. Ich bitte Sie aber auch, allen denen im Lande meinen Dank zu übermitteln, die ihre Arbeit dem WHW. zur Verfügung gestellt haben. All den Hunderttausenden von namenlosen Volksgenossen, all den unbekannten Soldaten der großen Hilfsarmee.

Zur Not der deutschen Zeitungen.

Kundgebung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig.

Die unter dem Titel „Braunschweigische Wirtschaft" erscheinenden Mitteilungen der hiesigen Industrie- und Handelskammer veröffentlichen den schon bekanntgegebenen Aufruf des Reichsverbandes deutscher Zeitungsverleger, in dem es u. a. heißt:

„Die deutschen Tageszeitungen sind leider in der deutschen Wirtschaft ein Zweig, bei dem sich noch in keiner Weise eine Belebung bemerkbar gemacht hat, wie sie sonst in der deutschen Wirtschaft sich zeigt. Das Vertrauen zur deutschen Presse ist aber von unbedingter Wichtigkeit, und es ist deshalb zu hoffen, daß von seiten der Industrie- und Handelskammern und von seiten aller wirtschaftlichen Stellen von Einfluß ihren Mitgliedern klar gemacht wird, wie unendlich wichtig es ist,

daß auch sie wieder bei der Wirtschaftswerbung sich in bevorzugtem Maße der deutschen Zeitungen bedienen.

Nur so wird es möglich sein, die Krise der deutschen Presse zu überwinden und uns eine gesunde Presse zu erhalten. Aus den Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs sind von einzelnen Organisationen noch jetzt bestehende erschwerende Vorschriften in Kraft. Es wird Zeit, daß die zuständigen Wirtschaftsstellen solche schließlich wirtschaftsfeindlichen Hemmungen beseitigen, damit auch hier eine freie Entfaltung der Leistungsmöglichkeit gegeben ist."

Die Industrie- und Handelskammer Braunschweig bemerkt dazu, daß sie in vollem Maße den vorstehenden Aufruf unterstützt und die Zeitungen besonders zur Insertion empfiehlt.

Die Rechtsgestaltung im neuen Deutschland.

Erklärungen des Staatsministers und Reichsjustizkommissars Dr. Frank.

Die der bulgarischen Regierung nahestehende „Nesawissimost" sowie einige Provinzblätter veröffentlichen eine Unterredung, die Reichsjustizkommissar Doktor Frank dem Berliner Berichterstatter des Blattes gewährt hat. Das neue Rechtswesen nach deutschen Gesichtspunkten habe im Ausland zu einer Reihe von Mißverständnissen geführt. Der Kampf gegen das römische Recht gelte aber nicht dem Recht des antiken römischen Staates, er gehe vielmehr um eine Rechtsgestaltung in Deutschland. Unbeugsam habe der Nationalsozialismus den Satz eingeführt, daß niemals die Interessen des Staates den Interessen des Volkes vorgehen dürfen. Adolf Hitler habe vom ersten Tage seiner Machtergreifung an zum Ausdruck gebracht, daß er nicht ein Willkürregiment, sondern einen nationalsozialistischen Rechtsstaat wolle. An Provokationen habe es nicht gefehlt. Aufgestachelt durch die Emigrantenhetze im Ausland habe man versucht, gerade den Grundsatz eines Rechtsstaates zu leugnen. Wir hätten im Innern die Sicherung des Staates durchzuführen gehabt, nicht nur des Staates, sondern auch unserer deutschen Kultur. Die Elemente, die sich dem entgegenstellten, hätten in eine Verwahrung gebracht werden müssen, in der sie für die Festigung des neuen Staates unschädlich waren. Die „Revolution ohne Blutvergießen" hätte nur auf diese Weise durchgeführt werden können. Die Konzentrationslager hätten in den meisten Fällen eine Umerziehung der darin Verwahrten durchgeführt.

Die Priorität des Gemeinnutzes vor dem Eigennutz berühre weitgehend das wirtschaftliche Leben, besonders gehöre das Zinsproblem, die Arbeitsgesetzgebung, die Mietgesetze und das bürgerliche Verfahrensrecht mit hinein. Die Neuordnung des Ständewesens sei von weittragender Bedeutung. In der Erbhofgesetzgebung, die im Auslande besonderes Aufsehen erregt habe, zeige sich der Grundsatz, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, am stärksten. Die Wohlfahrt des Landes sei abhängig von dem Wohle des Bauernstandes als der Grundlage aller Wirtschaft. Die Bauernfähigkeit werde damit der höchste Stolz des deutschen Bauern. Ihre Absprechung bedeute Vernichtung des einzelnen assozialen Individuums. Der Kampf für die Erhaltung eines gesunden Bauerntums sei der Kampf für die Erhaltung der Rasse, den wir rechtspolitisch führen. Die Gesetzgeber junger Staaten würden überlegen müssen, ob sie nicht diesem Wege folgen müssen.

Auch die Verhütung erbkranken Nachwuchses habe das Ausland in weitem Umfange beschäftigt. Das auf diesem Gebiet erlassene Gesetz sei eine rechtspolitische Tat. Das Gesetz zum Schutz der nationalen Arbeit verbürge den Schutz des Eigentums. Wie man immer die Lage der Welt auffasse, um die Entscheidung des Wesens des Eigentums komme heute kein Volk herum. Die Arbeit sei ein Mittel, Volk und Staat höher zu bringen. Der Staat schütze auch sie und ihre Ordnung und verhindere damit die Fortsetzung des freibeuterischen Durcheinanderjagens von Interessentenkämpfen. An die Stelle des marxistischen Betriebsrates trete heute der Vertrauensrat. Keine Einrichtung könne die innere Wandlung des deutschen Volkes stärker ausdrücken, als der neugeschaffene Begriff dieses Vertrauensrates.

Auch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat entspreche typisch nationalsozialistischen Grundsätzen. Die Partei sei damit von der Nation als der einzige politische Willensträger des Volkes anerkannt. Sie habe ihre eigene Parteigerichtsbarkeit, deren ausschlaggebende Bedeutung für den einzelnen Partei- und Volksgenossen heute nur fundiert sei und sich in Zukunft erst erweisen werde. Die innere Bedeutung der Parteigerichtsbarkeit aber liege darin, daß der Nationalsozialist keine besonderen Rechte habe. Er habe nur Pflichten, dem Führer und dem Volke gegenüber.

„Unserem Denken liegt die Absicht fern, die hervorragende Bedeutung des moralischen Faktors im Krieg zu verkleinern. Aber in Dingen des kriegerischen Geistes muß man berücksichtigen, daß die Moral der Kämpfer fast immer in enger Abhängigkeit von ihrer technischen Fähigkeit und ihrer materiellen Stärke steht. Der Mut, beraubt der Kraft, schwindet dahin oder wird zerschmettert. Wir wollen nicht in den erhabenen Wahn eines Don Quichotte verfallen."

Herzog von Ahumada,
spanischer General und Politiker.

Gesühnte Blutschuld

Vier Schwerverbrecher hingerichtet.

Die Berliner BVG.-Räuber und Mörder.

In Berlin wurden morgens früh um 6 Uhr die sogenannten BVG.-Räuber, der 22 Jahre alte Erwin Hildebrandt, der 24 Jahre alte Alfons Hoheisel, der gleichaltrige Willi Krebs und der 31 Jahre alte Erich Achtenhagen im Hofe des Strafgefängnisses Plötzensee von dem Magdeburger Scharfrichter durch das Beil hingerichtet.

Die vier Verbrecher waren durch das Urteil des Schwurgerichts beim früheren Landgericht II in Berlin vom 6. Juli 1933 wegen gemeinschaftlichen Mordes und wegen gemeinschaftlichen Raubes mit Todeserfolg zum Tode verurteilt worden. Die von ihnen gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde im Dezember vorigen Jahres vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Der preußische Ministerpräsident hat von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, weil die Verurteilten monatelang Raubüberfälle verübten, sich als berufsmäßige Verbrecher erwiesen und eine jedem geordneten menschlichen Zusammenleben feindliche Gesinnung gezeigt haben. Sie waren als Schädlinge zu betrachten, die für die Volksgemeinschaft endgültig verloren waren.

Die Taten dieser kommunistischen Untermenschen haben monatelang die Bevölkerung in Aufregung und Schrecken versetzt. So hatte die Staatsanwaltschaft seinerzeit 13 im Berliner Westen auf Passanten, Tankstellen und Lebensgeschäfte verübte Raubüberfälle zur Anklage gebracht. Die Verbrechen fanden mit der Erschießung des Architekten Sauer am Abend des 13. Mai 1932 in einer Gastwirtschaft in Mariendorf und mit der Ermordung des BVG.-Inspektors Meyer am 15. September 1932, bei der der Bande 33 000 Mark Bargeld in die Hände fielen, ihren Höhepunkt. Die Verurteilten, die größtenteils der sogenannten „Clique Eierschlamm" angehörten, haben mit einer beispiellosen Kaltblütigkeit und Roheit die unglaublichsten Banditenstreiche ausgeführt und scheuten sich dabei keineswegs,

rücksichtslos über Leichen

hinweg zugehen. Ihr Plan ging sodann dahin, von dem durch die zahlreichen Überfälle erlangten Geld einen eigenen Kraftwagen zu erwerben, der ausschließlich für ihre Raubüberfälle benützt werden sollte.

Auf dem Transport vom Polizeipräsidium zum Untersuchungsgefängnis und später durch ausgetauschte Kassiber haben sie selbst weitere von ihnen begangene Straftaten an den Tag gebracht. So wurden von der gleichen Verbrecherbande in der Nacht zum 1. Juli 1932

Überfälle auf nationalsozialistische Verkehrslokale

gemacht, und dabei insgesamt neun Nationalsozialisten zum Teil schwer verwundet. Bei allen Taten verwendeten sie Pistolen. Bei ihrer Verhaftung wurden neben anderen Beweisstücken sogar eine Maschinenpistole beschlagnahmt.

Trotzki ausgewiesen

Trotzki muß seine Koffer packen.

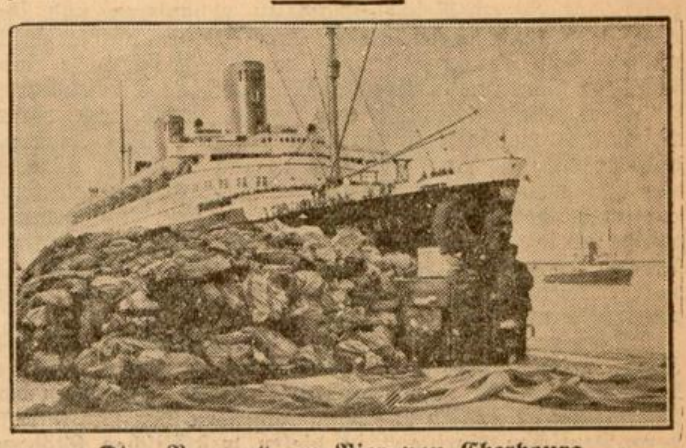
Die Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich zurückgezogen.

Der Ministerrat hat beschlossen, die Aufenthaltsgenehmigung für Leo Trotzki, die der damalige Innenminister Chautemps bewilligt hatte, rückgängig zu machen, da Trotzki die Neutralitätsverpflichtung, zu der er sich bereiterklärt hatte, nicht erfüllt habe. Trotzki soll ersucht werden, seine Koffer zu packen.

Die Ausweisung Trotzkis ist im Anschluß an den Ministerrat vom Innenminister Sarraut sofort verfügt worden. Trotzki muß Frankreich, wie es in der amtlichen Erklärung formuliert ist, „innerhalb kurzer Frist" verlassen. Der Ausweisungsbefehl erstreckt sich auf das gesamte Gebiet des französischen Staates, also auch auf Korsika, wo sich Trotzki im vergangenen Jahre aufhielt und wohin er künftig nicht mehr zurückkehren darf. Darüber hinaus ist Trotzki ein Aufenthalt in Paris mit sofortiger Wirkung verboten worden.

*

In Gotenburg in Schweden wurde beim Göta-Artillerieregiment ein kommunistischer Waffendiebstahl aufgedeckt. Bisher wurden zwei Angehörige des Regiments verhaftet, die bereits gestanden haben, Mitglieder der „Roten Hilfe" zu sein und ihren kommunistischen Parteikameraden Waffen und Munition, insbesondere Armeepistolen, aus den Beständen des Regiments besorgt zu haben.



Die „Bremen" am Pier von Cherbourg.

Der Lloydschnelldampfer „Bremen" ist als erstes großes transatlantisches Schiff direkt an die Pieranlagen von Cherbourg gegangen, während bisher die Schiffe auf der Reede dieses französischen Hafens abgefertigt wurden. Unser Bild zeigt den stolzen deutschen Dampfer am Pier von Cherbourg.

So arbeitet die Partei!

Der Stab des Stellvertreters des Führers.

II. Rasse, Volksgesundheit, Bevölkerungspolitik.

Eine der wichtigsten Aufgaben unseres nationalsozialistischen, rassebewußten, biologisch eingestellten Staates ist die Erhaltung und Hebung der Gesundheit der Nation. Wohl auf keinem Gebiete hatte der vergangene Staat mit seinen marxistisch-liberalistischen Tendenzen so restlos versagt wie hier. Es war höchste Zeit, alle bisher widerstrebenden Kräfte unter einen Willen und einer nationalsozialistischen Zielsetzung zusammenzufassen. Zu diesem Zweck schuf Dr. Wagner den Sachverständigenbeirat für Volksgesundheit bei der Reichsleitung der NSDAP. Es gehören diesem Beirat an: die Führer aller Berufsstände, Verbände und sonstige Stellen, die heute an der Gestaltung des Gesundheitswesens in Deutschland aktiv teilnehmen.

Während so auf der einen Seite die Zusammenfassung aller Kräfte unter einen Willen — nämlich den der Partei — gewährleistet ist, wurde durch Anordnung des Stellvertreters des Führers die reibungslose Zusammenarbeit mit allen Stellen der Partei und des Staates geregelt. Dr. Wagner als Vertrauensmann für alle Fragen der Volksgesundheit haben sämtliche Parteidienststellen alle Fragen auf gesundheitlichem Gebiete zu unterbreiten, alle Maßnahmen vor ihrer Durchführung vorzulegen und alle Eingaben an behördliche Stellen vor ihrer Einreichung zuzuleiten; die Regierungen des Reiches und der Länder setzen sich ebenso wie die Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts in allen einschlägigen Angelegenheiten vor endgültiger Regelung rechtzeitig mit Dr. Wagner in Verbindung.

Der Sachverständigenbeirat arbeitet in gemeinsamen Räumen mit der Reichsleitung des NSD.-Ärztebundes, dessen Aufgaben neben der Finanzierung des gesamten Apparates politische und bevölkerungspolitische sind. Mit Berufsfragen des Ärztestandes darf sich der NSD.-Ärztebund nicht befassen. Eine besonders wichtige und schwierige Aufgabe des NSD.-Ärztebundes ist es, die Verbindung zwischen Volk und Medizin wieder herzustellen, die in der Vergangenheit immer mehr verlorengegangen ist, und die Skepsis und das Mißtrauen zu überwinden, das in manchen Teilen des Volkes gegenüber den Vorstellungen der wissenschaftlichen Medizin herrscht.

Zu diesen wichtigen Aufgaben kommt als wichtigstes noch hinzu das weite Gebiet der Bevölkerungspolitik und Rassenpflege, insbesondere die Aufklärungs- und Schulungsarbeit. Auf diesem bisher so stiefmütterlich behandelten Gebiet tummelten sich bald nach der Machtübernahme zahllose, meist gutwillige, ab und an aber auch bewußt zerstörende Kräfte, und es trat die Gefahr der Verwässerung nationalsozialistischer Rasse- und Bevölkerungspolitik auf. Um dieser drohenden Entwicklung zu begegnen, wurde das Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege unter Leitung von Pg. Dr. Groß ins Leben gerufen und später als oberste parteiamtliche Stelle anerkannt. Auch dieses Aufklärungsamt untersteht dem Vertrauensmann des Stellvertreters des Führers und wird von der Ärzteschaft finanziert.

Der Nationalsozialismus stellt Bevölkerungspolitik und Rassenpflege bewußt in den Mittelpunkt seiner staatlichen Aufbauarbeit. Um die geistigen Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgabe zu schaffen, wurde auf Anregung der Parteileitung im Jahre 1929 der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund als Kampforganisation der Partei gegründet. In aller Schärfe wurde der Grundsatz festgehalten, daß die Mitglieder des Bundes zuerst Parteigenossen und erst in zweiter Linie Arzt zu sein hatten, und der in anderen ärztlichen Organisationen liberalen Geistes nur allzu oft beobachtete Standesegoismus wurde vom NSD.-Ärztebund in der schärfsten Weise bekämpft.

Die große geistige Bewegung unserer Zeit macht auch vor der Wissenschaft nicht halt, und gerade um die wissenschaftliche Medizin sind in der letzten Zeit zunehmende Meinungskämpfe entbrannt. Der NSD.-Ärztebund sieht seine Aufgabe darin, unter voller Wahrung wissenschaftlicher Ergebnisse und Methoden alle jene Anregungen voraussetzungslos zu verfolgen, die für eine segensreiche Fortentwicklung der medizinischen Wissenschaft, wie der ärztlichen Kunst wertvoll erscheinen. Die Überwindung des heute bestehenden Gegensatzes zwischen „Schulmedizin" und „Naturheilkunde" ist dabei sein Ziel.

Einer Anregung des Führers folgend schuf im Mai vorigen Jahres der damalige Reichskommissar der ärztlichen Spitzenverbände, Dr. Wagner, bei der deutschen Ärzteschaft und mit Mitteln derselben das Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege. Das Amt hat im Laufe von zehn Monaten eine gewaltige Arbeit in der Sichtung und dem Einsatz von Propagandamethoden geleistet, die, ob es sich nun um Zeitungsartikel oder Versammlungen, um Rundfunkvorträge oder um Filmstreifen, um Theateraufführungen oder aufrüttelnde „Kernsprüche" im Radio handelte, immer nur dem Zweck der Erweckung eines neuen rassebewußten Lebenswillens der Nation diente. Daneben hat das Amt in der Vereinheitlichung der Schulungsarbeit in der Partei und der Arbeitsfront auf bevölkerungspolitischem Gebiet gearbeitet. In jüngster Zeit wurde das Amt auch in steigendem Maße von den einzelnen Staats- und Forschungsstellen zur Beratung in sachlichen Fragen der Bevölkerungspolitik herangezogen und hat so zunehmend Gelegenheit, im Sinne der Partei ausgleichend und vereinheitlichend auch in der Gesetzgebung selbst zu wirken.

durch seine Bescheidenheit besonders auffalle. Er sei einfach und offen und gegen die Generale genau so wie gegen die Mannschaften.

Frankreichs Postbeamte streikten trotz Strafandrohungen.

Gegen die Sparerlasse der Regierung.

Trotz der vom französischen Postminister getroffenen Strafmaßnahmen haben in Paris und in der Provinz die angekündigten Protestkundgebungen gegen die Sparmaßnahmen der Regierung Doumergue stattgefunden. Sie bestanden in einem einstündigen Streik in den meisten Post- und Telegraphenämtern. Die Behörden hatten umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Im Pariser Haupttelegraphenamt hatte man vorsichtshalber in aller Eile die mit Scheiben versehenen Türen ausgehoben und durch volle Holztüren ersetzt.

Auch vor dem Gebäude war ein umfangreicher Sicherheitsdienst organisiert. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Die Streikparole ist in fast allen Postbüros befolgt worden.

Englands wirtschaftlicher Wiederaufstieg

1½ Milliarden Budgetüberschuß. — Bedeutsame Steuersenkungen.

Im Englischen Unterhaus hat Schatzkanzler Neville Chamberlain die Haushaltszahl für das Jahr 1933/34 bekanntgegeben. Er konnte die in mancher Beziehung erfreuliche Feststellung machen, daß im englischen Staatshaushalt der beträchtliche Überschuß von 31 148 000 Pfund Sterling (etwa eine halbe Milliarde Mark) erzielt worden ist. Der effektive Überschuß ist sogar noch höher als der rechnerische. Der Schatzkanzler bezifferte ihn auf 39 Millionen Pfund.

Seit 10 Jahren, so erklärte Chamberlain, haben wir in England einen derartigen Überschuß nicht zu verzeichnen gehabt. Er ist groß genug, um es zu rechtfertigen, wenn wir jetzt damit beginnen, die Lasten und Opfer der vergangenen Jahre allmählich abzubauen.

Demgemäß kündigte der Schatzkanzler an, daß die Hälfte sämtlicher im Jahre 1931 vorgenommenen Gehaltskürzungen ab 1. Juli d. J. wieder aufgehoben wird. Die Arbeitslosenunterstützung wird ab 1. Juli wieder auf ihre volle ursprüngliche Höhe zurückgebracht. Auch die Höchstsätze für die Übergangsunterstützung werden entsprechend geändert.

Als Sensation wirkte die mitgeteilte Herabsetzung der Einkommensteuer.

Dieser Beschluß, auf den das Land seit Jahren gewartet hat, schlug im Parlament wie eine Bombe ein. Auch wurde die angekündigte 25prozentige Senkung der englischen Kraftfahrsteuer zur Belebung der Ausfuhr im Parlament begrüßt.

Zu Beginn seiner Rede hatte der Schatzkanzler auf den neuen Geist der Hoffnung und des Vertrauens hingewiesen, der sich jetzt überall in England bemerkbar mache.

Die erzielte wirtschaftliche Besserung der letzten zwölf Monate beruhe zum großen Teil auf der Belebung des Innenmarktes. Auf dem Gebiete der Ausfuhr sei zwar ebenfalls eine Besserung zu verzeichnen, sie stehe aber noch weit zurück im Vergleich zu dem Umfang, den der Ausfuhrhandel vor einigen Jahren noch besessen habe.

Rettung aus der „Hölle von Nachalowka".

Rußlanddeutsche Flüchtlinge auf der Fahrt nach Südamerika.

Am 7. April hat der Dampfer „Portos" Schanghai mit einem Transport rußlanddeutscher Flüchtlinge verlassen und wird am 11. Mai in Marseille eintreffen. Die Weiterreise erfolgt am 12. Mai ab Bordeaux auf Dampfer Eubee. Dieser Dampfer trifft vorher, voraussichtlich am 1. Mai, in Hamburg ein, um auch dort einen Transport von Mennoniten aus dem Mennonitenheim Wandsbek abzuholen. Der Transport ist für die deutschen Siedlungsgebiete Südamerikas, Santa Catharina, Parana, Rio Grande do Sul in Brasilien bestimmt. Es handelt sich um 265 Personen, denen durch eine

Hilfsaktion des VDA.

die Rettung aus der „Hölle von Nachalowka" ermöglicht wurde. Nachalowka ist eine Flüchtlingsvorstadt von Charbin, in der die grauenhaftesten gesundheitlichen und moralischen Zustände herrschen. Neben den Mennoniten ist eine katholische, eine lutherische und eine Pfingstbrüdergruppe beteiligt. Der VDA. stellt auch die Mittel für die Gründung von Schulen, ferner Bücher, Wäsche, Kleider usw. zur Verfügung.

Verkehrsregelung.

—0 Bereits an einer anderen Stelle in unserer Zeitung wurde auf die am 1. April d. J. in Kraft getretene neue Preußische Straßenverkehrsordnung hingewiesen. Die Verordnung schafft gleiches Recht für alle, verlangt aber auch schärfste Disziplin von allen. Es ist deshalb nötig, daß sich jeder Volksgenosse mit den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung vertraut macht und danach handelt.

Es sei hier nochmals auf die wichtigsten Vorschriften der Verordnung hingewiesen.

A) **Für den Fuhrwerksverkehr:**

1. Fuhrwerke müssen mit einer sicherwirkenden Bremse versehen sein.
2. Während der Dunkelheit oder bei starkem Nebel müssen Fuhrwerke mindestens eine hellbrennende Laterne führen. Die Laterne ist auf der linken Seite und zwar am vorderen Teil des Fuhrwerks oder an einem Zugtier so anzubringen, daß der Lichtschein von anderen Wegebenutzern leicht wahrgenommen werden kann. Die Anbringung der Laterne unter dem Fahrzeug ist verboten.
3. Sämtliche Fuhrwerke haben hinten links einen Rückstrahler zu führen.
4. Bespanntes Fuhrwerk darf auf der Straße ohne Aufsicht nicht für längere Zeit halten; g. f. sind die Zugtiere abzusträngen und mit der Fahrleine kurz an das Fuhrwerk anzubinden.
5. Auch Handwagen und Handkarren — mit Ausnahme von Kinderwagen — müssen hinten links mit einem Rückstrahler und bei Dunkelheit und starkem Nebel mit einer hellbrennenden Laterne versehen sein.

B. **Fahrradverkehr:**

1. Jedes Fahrrad muß stets, d. h. auch wenn es geführt wird, versehen sein a) mit einem Rückstrahler, b) während der Dunkelheit mit einer hellbrennenden Laterne.
2. Das Anhängen an andere Fahrzeuge ist verboten.
3. Radfahrer haben grundsätzlich einzeln hintereinander zu fahren. Nur wenn der Verkehr nicht gefährdet oder gestört wird, dürfen sie zu zweien nebeneinander fahren.

C. **Fußgängerverkehr:**

1. Fußgänger haben die Gehbahn (Bürgersteige) zu benutzen und einander nach rechts auszuweichen.
2. Das Ueberschreiten der Fahrbahn hat rechtwinkelig auf dem kürzesten Wege und ohne Aufenthalt zu erfolgen.
3. Das Stehenbleiben an den Straßenecken ist verboten.

Verdunkelungsübung in Schalksmühle.

—0 Von der Ortspolizeibehörde wird folgendes mitgeteilt: **Luftschutzverdunkelungsübung im Luftschutzorte Schalksmühle am Mittwoch, dem 25. April 1934.** Allgemeines: Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Volksgenossen, sich gegen die Gefahren, die uns aus der Luft drohen, soweit wie möglich zu schützen. Deshalb muß jeder Volksgenosse lernen, wie er sich zu verhalten hat, um sich und seine Familie vor Schaden zu bewahren. Hierzu steht uns nur der zivile Luftschutz zur Verfügung. Da der Staat nicht in der Lage ist, jedem Volksgenossen einen ausreichenden Schutz zuteil werden zu lassen, muß jeder selbst zu seinem Teile mit dazu beitragen.

Da bekanntlich Luftgefahr auch zur Nachtzeit besteht, muß durch eine gute Verdunkelung erreicht werden, die Orientierung der Flieger zu erschweren.

Um die Einwohner des Luftschutzortes Schalksmühle in den für eine Verdunkelung erforderlichen Maßnahmen zu unterrichten, wird am 25. April für den ganzen Luftschutzort eine Verdunkelung durchgeführt. Hierbei muß in kürzester Frist erreicht werden, daß die in der nachfolgenden Anordnung vorgeschriebene Verdunkelung durchgeführt wird. Jeder, der für die Verdunkelung verantwortlich ist, tut gut, entsprechende Vorbereitungen rechtzeitig zu treffen und dies nicht bis zum letzten Augenblick hinauszuschieben. Polizei und SA-Streifen werden die ordnungsmäßige Durchführung der Verdunkelung überwachen, und da, wo diese nicht ausreichend ist, dazu auffordern. Es hat jeder, an den eine solche Aufforderung ergeht, dieser unverzüglich nachzukommen.

Jeder Volksgenosse hat die Pflicht dazu beizutragen, daß kein Lichtschein nach außen sichtbar ist und daß der Verdunkelung ein voller Erfolg gesichert wird. Auch sei an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen, daß es im vaterländischen Interesse notwendig ist, daß jeder Volksgenosse sich in den Reichsluftschutzbund aufnehmen läßt, weil er in dieser Organisation die dringend notwendige Schulung über sämtliche Luftschutzangelegenheiten unentgeltlich erhält. Der geringe Beitrag für jedes Mitglied beträgt 10 Pfg. je Monat. Anmeldungen bei dem Vorsitzenden Konrektor Rittinghaus in Schalksmühle, Jägerstr.

Zeittafel für die Verdunkelungsübung.

Die Uebung findet am Mittwoch, dem 25. April 1934 statt. Sie erstreckt sich nicht allein auf den geschlossenen Ort Schalksmühle sondern auf alle im Bereiche der Ortsgruppe Schalksmühle des Reichsluftschutzbundes liegenden Ortschaften. Die Uebung zerfällt in Verdunkelungsgrad I und II.

I. **Allgemeines:**

a) Dauer der Uebung: 21,15 bis 22,30 Uhr, anschließend normale Beleuchtung.

b) Der Beginn der Verdunkelungsgrade I und II wird wie folgt angezeigt:

Signal bei Grad 1: Abgabe zweier kurze Töne mittels Horn durch Feuerwehrleute.

Signal bei Grad 2: Sturmläuten der Kirchenglocken und Abgabe dreier langer Töne mittels Horn.

Signal bei Entwarnung: Normales Läuten der Kirchenglocken und Abgabe dreier Töne mittels Horn und zwar kurz —lang—kurz.

II. **Verdunkelung:**

a) 21,15—22 Uhr Verdunkelungsgrad 1 = Signal: Zwei kurze Töne mittels Horn durch Feuerwehrleute.

1. Ausschalten der öffentlichen Beleuchtung und jeder privaten Außenbeleuchtung.
2. Löschen der Schaufensterbeleuchtung und Lichtreklame.
3. Abblendung der Raumbeleuchtungen in Wohn-, Büro- und Geschäftshäusern und sonstigen Gebäuden in der Weise, daß kein Lichtschein nach außen fällt.
4. Reichsbahn und Industrie setzen die Beleuchtung auf ein Mindestmaß herab.

b) 22—22,15 Uhr Verdunkelungsgrad 2 = Signal: Sturmläuten der Kirchenglocken und Abgabe dreier langer Töne mittels Horn.

1. Gleiche Maßnahmen wie zu 1—3 bei Grad 1.
2. Reichsbahn und Industrie setzen die Beleuchtung bis zur völligen Verdunkelung herab.

c) 22,15—22,30 Uhr Verdunkelungsgrad 1 = Signal: Abgabe zweier kurzer Töne mittels Horn durch Feuerwehrleute.

d) 22,30 Uhr Entwarnung — Aufhebung der Verdunkelung Signale: Normalläuten der Kirchenglocken und Abgabe dreier Töne mittels Horn und zwar kurz-lang-kurz.

Verkehrsordnung während der Verdunkelung.

Für die Regelung des Verkehrs bei der Luftschutzverdunkelungsübung wird folgendes angeordnet:

1. **21,15—22 Uhr — Aufruf des Luftschutzes —Grad 1.**

a) Sämtliche Verkehrsmittel (Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge usw. haben ihre Geschwindigkeit auf das geringste Maß herabzusetzen.

b) Sämtliche Verkehrsmittel haben abgeblendet zu fahren. Die Beleuchtung mit Scheinwerfern, auch zu kurzem Anleuchten, hat zu unterbleiben.

c) Die Innenbeleuchtung der Fahrzeuge darf nicht nach außen dringen. Besondere Vorkehrungen sind zu treffen, daß auch beim Oeffnen der Türen kein Lichtschein nach außen fällt. Vorher Ausschalten der Innenbeleuchtung oder Anbringen von Vorhängen vor den Türen.

2. **22—22,15 Uhr — Fliegeralarm — Grad 2.**

a) Jeder Verkehr hat zu ruhen. Fahrzeuge haben scharf rechts heranzufahren, zu halten und die gesamte Beleuchtung (Außen- und Innenbeleuchtung) zu löschen.

3. **22,15—22,30 Uhr — Grad 1.**

Gleiche Anordnungen wie zu 1a—c.

Ab 22,30 Uhr dürfen sämtliche Verkehrsmittel wieder ohne Einschränkung ihrer Beleuchtung fahren.

Vorstehende Anordnungen gelten nicht für Aerzte und Hebammen bei Benutzung von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, sofern sie zu dringendem Besuche angefordert sind.

Die Benutzung der öffentlichen Wege geschieht während der Verdunkelung auf eigene Gefahr und Verantwortung, gegebenenfalls ist der Wegebenutzer auch Dritten gegenüber haftbar.

Die Bewohner werden ersucht, möglichst in ihren Wohnungen zu bleiben, damit Unfälle vermieden bleiben.

Lokales und Provinzielles

Kierspe, den 18. April 1934.

—* **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Die Ziehung der 1. Klasse der neuen Lotterie (43.-269.) findet am 20. und 21. April statt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Mittelgewinne zu dieser Lotterie erheblich erhöht worden sind. Lose sind bei den Staatlichen Lotterie-Einnehmern noch erhältlich.

—* **Die 2. Denkschrift der NSDAP. zur Kurzschrift.** Bereits vor der Machtübernahme hatte die NSDAP durch eine Denkschrift zur Kurzschrift entscheidend die kurzschriftliche Entwicklung Deutschlands beeinflußt. In dieser Denkschrift waren die Grundsätze für die kommende kurzschriftliche Entwicklung Deutschlands festgelegt. Ein großer Teil der damals aufgestellten Forderungen ist heute bereits erfüllt. Weitere gehen ihrer Verwirklichung entgegen. Wie im Deutschland der vergangenen Zeit die Vielheit der Organisationen hinderlich war, so waren auch die überall verschiedenen Prüfungsordnungen ein großer Mißstand. Dieser wurde beseitigt durch die zweite Denkschrift der NSDAP zur Kurzschrift und zum Maschinenschreiben, die von dem Kulturreferenten der NSDAP, Staatsminister Schemm und dem Sachverständigen der NSDAP für Kurzschrift und Maschinenschreiben, Karl Lang, herausgegeben wurde.

—* **Berufsfeuerwehrmänner und SA-Dienst.** Durch Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 23. 12. 1933 ist darauf hingewiesen, daß nach einer Verordnung des Stabschefs der SA SA-, SS- und -Reservemänner, die Mitglieder von Feuerwehren sind, zu den Feuerwehrübungen vom SA-, SS und SAR-Dienst befreit sind. Nach einer neueren Mitteilung des Chefs des Führungsamtes bei der Obersten SA-Führung ist — worauf der Preußische Minister des Innern in einem neuen Runderlaß an alle Polizeibehörden hinweist — mit Rücksicht darauf, daß die Berufsfeuerwehrmänner auch an den sog. dienstfreien Tagen für Theaterwachen usw., insbesondere aber für größere Feueralarme benötigt werden, angeordnet worden, daß bei Einteilung der Berufsfeuerwehrmänner zum SA-, SS- und SAR-Dienst deren besondere Berufsverhältnisse zu berücksichtigen sind.

Halver

—)(Am gestrigen Tage wurden zwei hochbetagte Gemeindeglieder zur letzten Ruhe bestattet. Johann Wickenhöfer, der den 85. Meilenstein seines Lebensweges bereits überschritten, verstarb im Lüdenscheider Krankenhaus und wurde nach hier überführt. Der Landwehrverein, dessen Ehrenmitglied er war, und die Belegschaft des Betriebes der Firma Lüsebrink, woselbst er über ein halbes Jahrhundert gearbeitet, gaben dem Verstorbenen das Geleit. Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus sprach über das Wort dem 84. Psalm: „Denn Gott der Herr ist Sonne und Schild . . ." — Schuhmachermeister Ewald Jung schloß kurz vor Vollendung des 80. Lebensjahres die Augen zum ewigen Schlummer. Löschzug Halver der Freiwilligen Feuerwehr ging dem Leichenwagen mit umflorter Fahne vorauf. Kameraden derselben versahen den letzten Ehrendienst und schritten dem Leichenwagen mit brennenden Fackeln zur Seite. Ewald Jung war noch einer der Mitbegründer der Freiw. Feuerwehr Halver. Jetzt lebt noch als einziger Theodor Winter sen., Langenscheid. Unter zu Grunde legen des Bibelwortes Jesaja 46, Vers 4: „Ich will euch tragen bis ins Alter . ." zeichnete Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus ein getreues Lebensbild des Verstorbenen. Nachdem der Sarg mit der sterblichen Hülle der Erde übergeben sprach Oberbrandmeister Aug. Brückmann im Namen der Freiw. Feuerwehr noch ein Dankeswort für die Treue, die Kamerad Jung allezeit als Feuerwehrmann bewiesen. Die Fahne senkte sich zum letzten Gruß und dann klang gedämpft das Lied vom guten Kameraden.

—)(Ihren **86. Geburtstag** kann Witwe Ernst Becker, Karoline geb. Fischer, Amtsstraße hierselbst, am Sonntag, dem 22. April, begehen. Der Hochbetagten unsere herzlichsten Glückwünsche!

Kierspe

—s **Beginn des Schulunterrichts.** Gestern morgen begann wieder der Schulunterricht in unserer Volksschule. Nachdem in den ersten Stunden 18 Lernanfänger aufgenommen worden waren, fand gegen 10 Uhr eine Flaggenparade statt. Darauf ging die gesamte Schule geschlossen zur Kirche, um das neue Jahr mit Gebet zu beginnen. Pastor Meyer zu Theenhausen predigte über den Text „Lasset die Kindlein zu mir kommen". In der Bevölkerung war diese vorgesehene Weihestunde anscheinend zu wenig bekannt. Dieser schöne Brauch soll zur ständigen Einrichtung werden.

—s **Waldbrand.** Gestern abend gegen 10½ Uhr ertönte der Alarm der Freiw. Feuerwehr. Im Wienhagen war ein Waldbrand ausgebrochen. Ueber den Umfang und Ausgang desselben werden wir noch berichten.

Rönsahl

—c **Hitlers Geburtstag — NS.-Frauenschaft.** Aus Anlaß des Geburtstages unseres Reichskanzlers Adolf Hitler findet am Freitag abend hierselbst im Saale des Herrn Aug. Sure ein „Deutscher Abend" statt, nachdem vorher ein Propagandamarsch durch Rönsahl stattfindet, an dem sich sämtliche NS-Formationen beteiligen. Bei dieser Gelegenheit wird im Verlauf des „Deutschen Abends" die Gründung der „NS-Frauenschaft" vollzogen, weshalb es Pflicht einer jeden deutschen Frau ist, an diesem Abend zu erscheinen.

*

Werl. Grausige Ueberraschung. In dem benachbarten Liemke wollte eine Frau Wasser aus ihrem Brunnen holen. Als sie ahnungslos den Eimer in den Brunnen hinunterließ, machte sie eine grauenhafte Fest-

stellung. In dem Brunnen lag die Leiche eines Mannes. Mit Hilfe der Nachbarn wurde der Körper des Ertrunkenen aus dem Brunnen gezogen und als die Leiche des Arbeiters Josef Korsmeier festgestellt. Es steht noch nicht fest, ob Unfall oder Selbstmord vorliegt.

Weißenthurm, 16. April. Ein schweres Unglück ereignete sich am Samstagnachmittag an einer Baustelle, wo der sechs Jahre alte Sohn eines Schwemmsteinarbeiters tödlich verunglückte. Der Junge spielte mit mehreren Kindern in einem im Bau befindlichen Gebäude und stürzte dabei aus bisher noch nicht geklärter Ursache aus fünf Meter Höhe in die Tiefe. Der Knabe schlug mit dem Rücken auf die Kante eines eisernen Feldbahnwagens auf und blieb bewußtlos liegen. Sein Bruder trug ihn sofort auf den Armen nach Hause, wo der alsbald eintreffende Arzt nur noch den Tod des Kindes feststellen konnte.

27 rote Verbrecher abgeurteilt.

Aufschlußreicher Sprengstoffprozeß in Darmstadt.

In Darmstadt verhängte der Strafsenat des Oberlandesgerichts gegen 27 in der Heppenheimer Sprengstoff- und Hochverratssache angeklagte Kommunisten Strafen von insgesamt 27 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 17 Jahren und 8 Monaten Gefängnis.

Die Verhandlung ergab ein erschütterndes Bild von der Skrupellosigkeit, mit der sich die angeklagten Kommunisten auf den von ihnen angestrebten Umsturz vorbereitet hatten.

Auf Weisung ihrer roten Funktionäre hatten die Angeklagten bereits im Jahre 1932 in zwei Steinbrüchen im Heppenheimer Bezirk etwa 80 Pfund Sprengstoff (Ammonit) sowie Schwarzpulver, Sprengkapseln und Zündschnur gestohlen. Die Sprengstoffe sollten zur Herstellung von Handgranaten und zur

Sprengung öffentlicher Baulichkeiten

dienen. Zur Erreichung ihrer verbrecherischen Ziele hatten die Angeklagten ferner Terrorgruppen gebildet, wo sie in der Handhabung des Sprengstoffes unterrichtet wurden. Auch wurden Schulungskurse abgehalten, in denen die Sprengung von Eisenbahnschienen und Brücken erörtert wurden.

Zuchthaus für rote „Sportler".

29 Kommunisten in München verurteilt. — Das geheime Waffenlager im Walde.

Vor dem Obersten Landesgericht München wurde im sogenannten Penzberger Kommunistenprozeß das Urteil verkündet. Sieben von den 33 Angeklagten erhielten Zuchthausstrafen von drei Jahren bis ein Jahr drei Monate. Zwei Angeklagte wurden wegen mangelnden Schuldbeweises freigesprochen. Gegen zwei weitere wurde das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Die übrigen 22 wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat bzw. Beihilfe hierzu zu Gefängnisstrafen von zweieinhalb Jahren bis zu zehn Monaten verurteilt. Die Angeklagten waren im März 1933 im Zusammenhang mit der Auffindung eines Waffenlagers in den Wäldern von Penzberg verhaftet worden. Sie hatten sich schon kurz nach dem Verbot der KPD. als „harmloser" Sportverein zusammengeschlossen und unter diesem Deckmantel nachts heimlich Felddienstübungen abgehalten.

Tollwütiger beißt sieben Personen.

Aus Budapest wird gemeldet: In das Staatskrankenhaus von Nyiregyhaza wurde ein 44jähriger Landwirt eingeliefert, der von einem tollwütigen Hund gebissen worden war. Als die Ärzte bei der Untersuchung waren, bekam der wutkranke Landwirt einen Tobsuchtsanfall, in dessen Verlauf er fünf Ärzten, einer Oberschwester und einer Schwester gefährliche Biß- und Kratzwunden beibrachte. Der Landwirt starb bald darauf unter entsetzlichen Qualen. Die sieben Gebissenen wurden in das Pasteur-Institut nach Budapest eingeliefert.

Aufsehenerregender Selbstmord.

Japanischer Marineattaché erhängt sich in Neapel.

Der japanische Marineattaché in Rom, Commander Ohtani, wurde im Schlafzimmer eines Hotels in Neapel erhängt aufgefunden. Es handelt sich zweifellos um Selbstmord.

Othani war nachmittags im Hotel angekommen. Er hatte kein Gepäck bei sich. Als am Abend ein Hotelangestellter an die Zimmertür klopfte, erhielt er keine Antwort. Er öffnete die Tür und fand Commander Ohtani im Badezimmer tot auf. Er hatte sich mit Hilfe eines Handtuches am Brausetrichter aufgehängt. Der Botschaftsrat der japanischen Botschaft in Rom ist nach Neapel abgereist.

Der Tod in den Bergen.

Bekannter Bergsteiger tödlich verunglückt.

Der bekannte Bergsteiger Wilhelm Dobrasch aus München verunglückte in Davos bei einer Skiabfahrt von der Parsennhütte tödlich. Dobrasch kam zu Fall und schlug mit dem Kopf auf einen Stein auf. Er zog sich eine so schwere Schädelverletzung zu, daß er im Krankenhaus starb. Dobrasch stand im Alter von 36 Jahren.

Was man noch wissen muß.

Selbstauflösung des Deutschen Reichspfadfinderbundes.

Berlin. Die Reichsjugendführung, Abteilung Verbände, teilt mit: Der Deutsche Reichspfadfinderbund hat sich aufgelöst und seinen Mitgliedern den Weg in die Hitlerjugend freigegeben.

Stadtrat Engel-Berlin zum SS.-Standartenführer ernannt.

Berlin. Stabschef Reichsminister Röhm hat den Parteigenossen Johannes Engel, Stadtrat für das Verkehrswesen der Stadt Berlin und Leiter der Deutschen Arbeitsfront und der NSBO. der Gaue Groß-Berlin und Kurmark, zum Ehrenführer mit dem Rang eines SS.-Standartenführers unter Zuteilung zum Stabe der SS.-Oberabschnitte Ost, ernannt.

Oberst Karl von Oertzen gestorben.

Berlin. Der frühere Leiter der „Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums", Oberst a. D. Karl von Oertzen, ist im Alter von 58 Jahren gestorben. Karl von Oertzen wurde, nachdem er im Weltkrieg bei verschiedenen Stäben Dienst geleistet hatte, 1919 zum Reichswehrministerium kommandiert. Hier wurde er 1922 Leiter der Nachrichtenstelle, nahm 1926 als Oberst den Abschied und betätigte sich dann als Militärschriftsteller.

Flaggenanordnung des NS.-Frontkämpferbundes zum Geburtstag des Führers.

Berlin. Die Bundesleitung des NS. Deutscher Frontkämpferbund (Stahlhelm) hat sämtlichen Dienststellen des Bundes Anweisung erteilt, daß sie am Freitag, dem 20. April 1934, dem Geburtstag des Führers, die Hakenkreuzfahne und die Stahlhelmfahne zu setzen haben.

Anordnung des Reichsinnenministers zur Beflaggung am 20. April.

Berlin. Auf Anordnung des Reichsministers des Innern flaggen am Geburtstag des Reichskanzlers, Freitag, den 20. April, sämtliche Dienstgebäude des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie die Gebäude der Körperschaften des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Schulen.

Verhaftung eines Breslauer Bankiers wegen Verdachts der Untreue.

Breslau. Auf Grund eingehender polizeilicher Nachforschungen wurde der Bankier Max Dietrich von Stein aus Breslau, Mitinhaber des Bankgeschäfts M. D. von Stein u. Co. in Breslau, Tauentzienplatz, wegen Verdachts der Untreue und des fortgesetzten Betruges vorläufig festgenommen. Er wird alsbald dem Vernehmungsrichter zum Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt werden.

Abgabe einer Steuererklärung

für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1934

I. Eine Steuererklärung ist abzugeben:

1. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Kalenderjahr 1933 den Betrag von 6000 RM überstiegen hat;

2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist;

3. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 21. April bis 5. Mai 1934 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preußische Betriebsstätte maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordrucke für die Steuererklärung werden den Pflichtigen durch die Ortsbehörden zugestellt. Auch können Vordrucke vom 15. April ab von dem Unterzeichneten bezogen werden.

Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Altena, den 11. April 1934.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Kreis Altena:
J. V. gez. Dr. Enneper, Regierungs-Assessor.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.
Hauptschriftleiter: Wilhelm Bell, Stellvertreter: Robert Bell, für Anzeigen: Robert Bell; beide in Halver.
D. A. III. 34 1705

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme, die uns beim Heimgange unserer lieben, unvergeßlichen Entschlafenen zuteil wurden, sagen wir hiermit unsern

herzlichsten Dank

Albert Panne u. Kinder.

Carthausen im April 1934.

Höchste Eisenbahn!
Uebermorgen Ziehung der 1. Klasse der Preuss.-Südd. Klassenlotterie
Ich habe noch Lose.
1/8 1/4 1/2 1/1
3,- 6,- 12,- 24,-
Weyrich, Staatl. Lott.-Einn. **Lüdenscheid.**
Ruf 4260 Postscheckkonto: Dortm. 26712

Buch- u. Akzidenz-Druckerei
WILH. BELL JR.
HALVER i. WESTFALEN
Lieferung u. Herstellung aller ein- und mehrfarbiger
Druckarbeiten
für Privat, Handel, Verkehr u. Gewerbe in sauberer, geschmackv. Ausführung
Adreßkarten, Briefbogen, Couverts, Rechnungen, Geschäftskarten, Kataloge, Lohntüten, Zahlkarten / Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs- und Danksagungs-Karten, Hochzeitszeitungen, Trauerbriefe, Einladungen, Flugblätter, Plakate, Satzungen, Mitgliedskarten u. s. w.
Bücher u. Formulare für Behörden
Als besondere Spezialität empfehle Kataloge für die Kleineisenindustrie
Tausende Klischees stehen kostenlos z. Verfügung
FERNSPRECH-ANSCHLUSS 442 AMT HALVER

Amt Halver.

Beiträge zur Westf. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Die Bekanntmachung über die Erhebung der Beiträge zur Westf landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Kalenderjahr 1933 hängt im Amtshause in Halver und in der Verwaltungsgeschäftsstelle in Schalksmühle ab 20. d. M. 2 Wochen lang aus. Der Beitrag trägt im allgemeinen 1,35 v. T. des Einheitswertes

Der Bürgermeister. Die Gemeindeschulzen.

Amt Halver.

Eine Koblenzer Reisegesellschaft von 52 Personen sucht für die Nacht von Pfingstsonntag auf Montag

Unterkunft

in Gasthäusern und Privatquartieren im Ort.

Anmeldungen unter Angabe des Preises pro Bett **mit** und **ohne** Frühstück erbittet bis zum 23. ds. Mts. **bestimmt**

Die Amtsverwaltung.

Eine fast neue
Ladeneinrichtung
preiswert zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halver.

Gebrauchte Gegenstände
kaufen u. verkaufen Sie am besten durch eine kleine Anzeige im
Allgemeinen Anzeiger

Kölner Hauptmarkt vom 17. April.

Der Markt wies eine so starke Beschickung auf, wie dies in diesem Jahre noch nicht der Fall war. Es war auch der erste frische Spargel aus dem Vorgebirge und aus der Mainzer Gegend eingetroffen. Es kosteten im Großhandel: Kopfsalat 14—15, Endivien 10, Breitlauch 1,5 bis 5,5, Kohlrabi 15—20, Rettich 5—7, Meerrettich bis 20, Salatgurken 25—40 Pfg. das Stück. Feldsalat 15 bis 20, Weißkohl 8—9, Rotkohl 6—9, Wirsing 8 bis 10, Butterkohl 12—14, Spinat 1,5 bis 3, Steckrüben 2,5 bis 3, Karotten 7—10, Möhren 8—10, Schwarzwurzeln 8—10, Zwiebeln 7—8, Rhabarber 3,5 bis 5,5, Spargel 80—90, II. Sorte 40—50 Pfg., Rübstiel 4—7, Petersilie 8—10, Radieschen 5—6 Pfg. das Gebund, Kochäpfel 10 bis 25, Eßäpfel 15—30 Pfg. das Pfund.

Kölner Produkten.

	17. 4.	13. 4.
Weizen rhein.	19.90	19.90
Roggen, rhein.	16.70	16.70
Hafer hiesiger	16.00—16.25	16.00 -16.25
Futtergerste ausl.	—.—	—.—
Wintergerste inl.	17.25	—,—
Sommergerste inl.	17.25—17.75	17.00—17.50
Mais grober	19.10	19.10
Mais kleiner	19.80	20.—
Weizenmehl inl.	27.40	27.40
Weizenbäckermehl mit Auslandsweizen	28.40	28.40
Weizenauszugsmehl mit Auslandsweizen	33.40	33.40
Roggenmehl	25.05	25.05
Roggenschrot inl.	20.55	20.55
Weizenkleie	10.50—11.25	10.50—11.25
Roggenkleie	10.25—10.50	10.25—10.50
Biertreber	15.00—15.25	15.00—15.25
Leinkuchenmehl	17.50—17.80	17.50—17.80
Erdnußkuchenmehl	16.30—16.50	16.30—16.50
Soyaschrot	15.75—16.00	15.75 - 16.00
Rapskuchen	15.50	15.50
Palmkernkuchen lose	15.50—15.80	15.50—15.80
Trockenschnitzel lose	9.60—9.90	9.60 - 9.90
Zuckerschnitzel lose	11.00—12.00	11.00—12.00
Rohmelasse	7.00—7.75	7.00—7.75
Wiesenheu lose	6.50—6.80	6.50—6.80
Rotkleeheu lose	8.20—8.40	8.20—8.40
Luzernekleeheu lose	9.40—9.80	9.40—9.90
Roggenstroh	1.00—1.10	1.00—1.10
Weizenstroh	0.90—1.00	0.90—1.00
Haferstroh	0.90—1.00	0.90—1.00

Die Mühlen konnten heute aus bekannten Gründen noch keinen Weizen kaufen. Das Angebot in Roggen war klein und wurde von den Provinzmühlen aufgenommen. Weizenmehl ruhig. In Roggenmehl geringes Geschäft. Hafer nach wie vor knapp angeboten und fand gute Aufnahme. Gerste ruhig. Mais wurde laufend gekauft. Die Lage auf dem Futtermittelmarkt war fest. In den einzelnen ölhaltigen Artikeln macht sich bereits die Knappheit bemerkbar.

„Bekennende Gemeinde im Kampf"
Vortrag
von Pastor **D. P. Humburg**
am Donnerstag, 19. 4.
abends 8¼ Uhr im
Evgl. Vereinshaus Halver
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Für 1. oder 15. Mai ein zuverlässiger
Knecht
gesucht. Otto Suberg, Dörnen, Post Schwenke.

Suche per 1. Mai ein tüchtiges, sauberes
Hausmädchen
nicht unter 20 Jahren. Selbige muß ab und zu im Restaurationsbetrieb mit tätig sein.
Schriftliche Angeb. an Bettermanns Hof, Hugo Bender, Hagen Elberfelderstr. 87.



Halver'sche Medizinal-Drogerie.
Menke.

Gummibälle
in verschiedenen Größen u. Farben
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Am Freitag, den 20. April habe ich eine große Auswahl

Weidevieh
Jakob Fischbach, Meinerzhagen.